E 219 49

Der Westen

Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft "Der Westen", bestehend aus der Gesellschaft der Freunde und Förderer der Erwin von Steinbach - Stiftung, mit dem Sitz in Stuttgart, hervorgegangen aus dem Bund der Elsässer und Lothringer e.V., und dem Bund Vertriebener aus Elsaß - Lothringen und den Weststaaten e.V., sowie der Erwin von Steinbach - Stiftung, Frankfurt/Main.
Anschrift: Wiesenstraße 110, D-70794 Filderstadt Verkaufspreis durch Mitgliedsbeitrag abgegolten.

ISSN 0179 - 6100 Januar/Februar 1998 45. Jahrgang, Nummer 1

Straßburger Brandsätze

Die Silvesternacht brachte Straßburg wieder einmal in die internationalen Schlagzeilen. Während sich wie andernorts der biedere Normalbürger mit Knallfröschen und Feuerwerksraketen begnügte, setzten vorstädtische Jugendbanden in Straßburg bei gewalttätigen Krawallen 53 Pkw in Brand und richteten auch sonst noch allerhand Schaden an. in der Berichterstattung über die Ereignisse, die in Deutschland eher unter "Kuriositäten aus der Silvesternacht" eingeordnet wurden, fehlte der erklärende Hinweis auf die Tatsache, daß es sich bei derart tatendurstigen "Jugendbanden" fast ausschließlich um ausländische (nordafrikanische) Einwanderer und nicht um Elsässer oder Straßburger handelte. Selbstverständlich wurde auch kein Gedanke darauf verschwendet, daß die durch eine hohe Arbeitslosenrate verschärfte Problematik nur sekundär wirtschaftliche Ursachen hat. Hauptgrund der Misere, die sich nicht auf Straßburg beschränkt, sich hier aber besonders krisenhaft manifestiert, ist die verfehlte Politik des in wechselnden Farben regierenden Pariser Zentralismus, dem es nur wichtig war, wenig weitsichtig Industrieinteressen zu dienen und der kulturelle Unterschiede einfach leugnete und nicht zugeben will, daß das blinde Leugnen dieser Unterschiede erst die brisanten Probleme schafft, denen man nun hilflos gegenüberzustehen meint. Darin ist die französische Herrschaftsschicht gleichen Sinnes mit der in Deutschland und anderswo, nur daß man in Paris auch noch den Ballast eines nur ungern beendeten kolonialen Imperialismus mitschleppt, dem man eine letzte Sinngebung gönnt, indem man die Folgen seiner außerhalb Frankreichs gültigen Spielart den kaum anders behandelten Opfern seiner innerfranzösischen Variante auflädt. Wehren sich die in ihrer unglücklichen Lage

Fortsetzung auf Seite 2

Alarmglocken

Es wäre wahrlich ein Wunder gewesen, wenn die paar Dutzend zweisprachigen Schulklassen, die von der privaten Vereinigung ABCM bisher eingerichtet bzw. angeregt wurden, nicht letzten Endes die Französische Republik ins Wanken bringen würde. So sehen es wenigstens Vertreter der Liga (Ligue de l´enseignement du Haut-Rhin/Liga für das Unterrichtswesen) und der ADPEFF (Association de défense et de promotion de lénseignement francaise / Vereinigung zur Verteidigung und Förderung des französischen Unterrichts). Wenn ABCM einen gleichberechtigten zweisprachigen Unterricht (französisch / deutsch) verlangt, so erkennen diese Kritiker darin einen "regionalistischen, autonomistischen und ethnischen" Anschlag auf die Unteilbarkeit der Republik. "Ethnisch" soll in diesem Zusammenhang wahrscheinlich auf angeblich "pangermanische" Bestrebungen hinweisen und wäre damit eine für die Beschuldigten gefährliche politische Unterstellung, auch wenn der Vorwurf völlig absurd ist. ABCM bemüht sich um eine Reform des französischen Schulwesens, es war nie ein anderes Ziel, als daß das reformierte Schulwesen Teil des französischen Schulsystems und damit auch innerhalb des französischen Staats bleiben solle.

Nun behaupten Liga und ADPEFF in ihrem gemeinsamen Aufruf, durchaus Befürworter des zweisprachigen Unterrichts zu sein, aber sich gegen "Exzesse und die politischen Hintergedanken gewisser Fürsprecher" dieses Unterrichts zu wenden. Der zweisprachige Unterricht vernachlässigte andere Fremdsprachen. So rufen beide Vereinigungen zum Widerstand! gegen diese Entwicklung auf. Die Anhänger der Republik (auch das ist schon eine bewußt

Fortsetzung auf Seite 2

Zum Jahresanfang

„Was hülfe es einem Menschen, wenn er die ganze Welt gewinnt, dabei aber sich selbst verliert und Schaden nimmt?" Lukas 9,25.

Schon wieder ist ein neues Jahr angebrochen. Allenthalben werden wir darauf hingewiesen, daß unser Jahrtausend zu Ende geht und wir vor einem neuen Zeitalter stehen. auch wenn wir als Christen vom biblischen Denken, wesentlich von alttestamentlichen Vorstellungen, bestimmt sind und wissen, daß alles einen Anfang genommen hat und ein Ziel haben wird, so kann doch ein solcher Einschnitt uns nachdenklich stimmen und nach dem Sinn des Lebens fragen lassen.

Sehen wir ein wenig tiefer in das Geschehen dieser Welt hinein, so geht uns dabei das Wort von Leopold von Ranke auf, daß „alle Geschichte unmittelbar zu Gott" ist und wir als Menschen dieser Welt in diese Bewegung hineingehören, auch wenn wir es vielleicht nicht zugeben wollen.

Die Jahreslosung der evangelischen Kirche will uns diese Tatsache auf ihre Weise nahebringen. Sind wir in unseren Tagen auf der einen Seite ängstlich geworden, was die Zukunft anbelangt, so bringen wir auf der anderen Seite tagtäglich zum Ausdruck, daß wir als Menschen uns in der Lage wähnen, alles, was auf uns zukommt zu meistern und uns die Welt untertan zu machen. Das ist immer auf´s Neue unsere Versuchung, mehr noch die Gefahr unseres Menschseins. Diese Haltung greift immer mehr um sich. So geht auch das Vertrauen auf den Grund unseres Lebens, Gott, verloren und mit diesem auch unser wahres Menschsein.

Dieses Bibelwort, das wir hier zu Herzen nehmen wollen, kann uns vor dem Grundschaden unseres Lebens bewahren, die Bestimmung, wie sie Gott, der Schöpfer, dem Menschen gesetzt hat, zu verpassen. Zu Weihnachten haben wir auch diesmal wieder der Geburt des Heilandes Jesus Christus gedacht, der für uns in diese Welt

Fortsetzung auf Seite 2

Straßburger Brandsätze

Fortsetzung von Seite 1

naturgemäß ziemlich ungeschickt - indem sie z. B. FN wählen; so hat man noch einen Grund mehr, sie und ihre Interessen zu mißachten. Denn wie auch immer, beispielsweise Straßburg und das Elsaß werden immer am Pranger stehen, sei es nach Wahlen mit FN-Siegen, sei es nach feurigen Neujahrsnächten.

Beim Bekämpfen der feuerteufelnden Umtriebe aber ist die Staatsmacht gleichermaßen unwillig und hilflos, ganz genau wie in den Landen zwischen Maas und Oder. Wen die Polizei einfängt, den entläßt die Justiz - noch nicht mit Belobigungen, aber schon mit sanften Mahnungen. Da ist es dann verständlich, daß Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste allmählich keine Lust mehr haben, sich von Jugendbanden provozieren und in Hinterhalte locken zu lassen, um dann immer wieder bei von Politikern und Medien verharmlosten "Zwischenfällen" als Zielscheibe für Pflastersteine und Brandeinsätze zu dienen. Und der wahlberechtigte Ureinwohner, der solchem Treiben zusehen muß und in öffentlichen Verkehrsmitteln auch gleich selbst einmal Opfer solcher Attacken werden kann, macht dann bei Wahlen sein Kreuz an der "wieder einmal falschen" Stelle und sieht alle öffentliche Schmähkritik auf sich konzentriert, was ihn endlich verstummen und verbittern läßt. Freundlicherweise haben die Medien in Deutschland diese Zusammenhänge gar nicht zur Kenntnis genommen und die permanenten Straßburger Krawalle als Neujahrsbräuche einzustufen versucht.

In Wirklichkeit ist dieses Volksbrauchtum der Silvesternacht nur der Auftakt für ein ganzes Jahr voller immer wieder zündender Brandsätze - nicht nur in Straßburg, sondern auch in anderen französischen Städten mit ähnlicher Problematik.

Der heiße Krieg jugendlicher Krimineller gegen die Gesellschaft begann 1990 und nahm von Jahr zu Jahr fast stetig immer größere Ausmaße an. 1995 wurden das Jahr über schon 452 Pkw angezündet, 1996 "nur" 400, so daß die Präfektur stolz einen Rückgang um 12 Prozent ausrechnete. Im Jahre 1997 waren es aber, wie der "Volksfreund / l´ami du peuple" am 11. Januar 1998 meldete, über 500 Pkw, die mit Molotowcoctails angezündet wurden. In derselben Ausgabe wird der "Volksfreund" indirekt etwas deutlicher. Im Kommentar über die Ereignisse der Silvesternacht wird die Präfektur zitiert, die von 54 zerstörten Pkw gesprochen habe. Im Bildbericht "panorama" derselben Ausgabe addiert die Redaktion "über 100 Autos", 160 Bushaltestellen und 20 Telefonzellen. Die ersten Januartage setzen dann noch einen zusätzlichen Akzent: In Straßburg und Mülhausen werden zwei Schulen durch Bombenattentate teilweise zerstört.

Und wie überall: Die Verantwortlichen sind überrascht und entsetzt, versprechen härteres und konsequenteres Vorgehen, bessere erzieherische Maßnahmen und sonstige Aktivitäten zur Vorbeugung, wofür aber das Geld fehlt und sind sichtlich ratlos. Und ganz beiläufig erfährt man angesichts der durch Sprengstoff verwüsteten Schule, daß in Mülhausen Autos genauso angezündet werden, wie in Straßburg. Und das kann durchaus alles erst ein Anfang sein.

In Deutschland hat man keinen Grund, sich beruhigt zurückzulehnen. Der Funken ist längst übergesprungen und hat schon gezündet, nur zählt noch keiner die Ereignisse zusammen und noch fehlte der eine unübersehbare Knall. Aber das ist bloß Zufall und der ist kein zuverlässiger Bundesgenosse. F.H.

Alarmglocken

Fortsetzung von Seite 1

diffamierende Ausgrenzung aller anderen) sollten "eine Widerstandsbewegung" gründen unter dem Motto "Ja zum Schutz der regionalen Sprachen und Kulturen" nein "zum Plus zusätzlich zur Parität". Damit nun wird endlich erkennbar, was die Verteidiger der Republik so sehr in Rage gebracht hat. Aus dem Kreis um ABCM stammt ein Vorschlag, den paritätischen Unterricht zugunsten des Deutschen zu ändern, dem zwei Drittel der Unterrichtszeit eingeräumt werden sollten, sozusagen um die Folgen der jahrzehntelangen Unterdrückung und Verfolgung besser und schneller aufholen zu können. Der Vorschlag, und mehr ist es nicht, stellt die alltägliche und übermächtige Präsenz des Französischen in Staat und Gesellschaft nicht einmal ansatzweise in Frage. Dennoch ist diese bloße Idee Wiedergutmachung, die den heftigen Gegenschlag als Auftakt des Jahres 1998 ausgelöst hat. Angesichts der zahlenmäßigen Bedeutungslosigkeit der ABCM-Klassen, denen zahlreiche Widerstände im Wege stehen, mag die Heftigkeit des Angriffs verwundern. Nur scheinbar zum Wundern ist, daß gerade die Kräfte die Alarmglocken läuten, die ABCM nach Kräften (und durchaus erfolgreich) ständig Hindernisse in den Weg legen, nämlich die Mehrheit der assimilierten etablierten Pädagogen und Politiker. Aber ABCM ist eine Gefahr, denn die Zahl der ABCM-Klassen wächst trotz fehlenden Geldes, trotz aller Widrigkeiten und aller vorhandenen und schnell noch konstruierten Hürden von Schuljahr zu Schuljahr. Damit ist klar, daß ABCM in einigen Jahren die bestehende Bequemlichkeit gefährden könnte, denn bei ABCM wirken Idealisten, die sich weit über das berufsnotwendige Maß hinaus anstrengen. Deshalb muß die republikanische Tradition jetzt verteidigt werden, bevor es zu spät ist. Ein paar zeitgemäße, unverbindliche Bekenntnisse zur Zweisprachigkeit und regionalen Kultur darf das schon kosten. Aber ob die alten Rezepte dem Volk noch schmecken werden, auch wenn, wie nicht anders zu erwarten, die DNA der Widerstandsbewegung ihre weitdringende Stimme leihen, das muß erst noch abgewartet werden. Nun könnte aber auch das Manifest, das die Diskussion kategorisch beenden sollte, sie gerade erst im Sinne einer "Überparität der Regionalsprache zwecks Wiedergutmachung" anfachen. dp

Brunneninschrift von 1618 (Kanfersberg).

Drinkstu waser in deim Kragen
Über Disch es falt din Magen
Drink masig alten subtiln Wein
Rath ich und laß mich waser sein.

Neue Anschrift der Geschäftsstelle

Unsere Geschäftsstelle ist umgezogen und ab sofort nur noch unter folgender Anschrift zu erreichen:

Gesellschaft der Freunde und Förderer der Erwin-von-Steinbach-Stiftung -Geschäftsstelle - Barbarossastraße 14, D-73066 Uhingen

Zum Jahresanfang

Fortsetzung von Seite 1

gekommen ist. In ihm erkennen wir das Ziel unseres Menschseins, durch ihn ist der Zwiespalt in unserem Leben, der immer aufbricht, überwunden. So verstanden kann dieses biblische Wort, das der Herr Jesus an seine unmittelbaren Jünger richtet, gerade im Bewußtsein der Zeitenwende, die auf uns zukommt, zu einem Wort der Hoffnung und des Mutes werden. me.

ISSN 0179-6100

DER WESTEN, herausgegeben von der Gesellschaft der Freunde und Förderer der Erwin von Steinbach-Stiftung e.V., Geschäftsstelle: Barbarossastraße 14, D-73066 Uhingen Tel. (07164) 5842. Konten: Postgiro Stuttgart 370 15-708 (BLZ 600 100 70). Deutsche Bank Stuttgart 12/55 066 (BLZ 600 700 70) Redaktion und für den Inhalt verantwortlich: Dietrich Pfaehler.

Druckerei Leibold GmbH, Karlsruher Str. 46
76287 Rheinstetten-Forchheim

Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage dieser Ausgabe liegt ein Überweisungsformular bei.

Gedenket an Eure Lehrer!

Zum 100. Geburtstag von Dekan Karl Eduard Berron

Die Vereinigung des Bundes der Elsässer und Lothringer und des Bundes der Vertriebenen aus Elsaß-Lothringen und den Weststaaten zur Gesellschaft der Freunde und Förderer der Erwin von Steinbach Stiftung ist hauptsächlich das Werk von Karl Eduard Berron. Im Besonderen ist es sein Verdienst, daß das Vermögen des Bundes der Elsässer und Lothringer (ansehnlicher Grundbesitz), das von der Landesgruppe Württemberg des Hilfsbundes der Elsaß-Lothringer im Reich auf diesen Bund übergegangen war, vor Verschleuderung gerettet und in die Erwin von Steinbach Stiftung bei ihrer Gründung eingebracht werden konnte. Dadurch war es möglich, die finanzielle Basis der Stiftung erheblich zu verbessern. Karl Eduard Berron hat sich um die Gesellschaft und die Stiftung in hohem Maß verdient gemacht. Wir wollen den Lebensweg dieses Elsässers in einem kurzen Rückblick betrachten.

Leben und Wirken im Elsaß

Karl Eduard Berron wurde am 13. Januar 1898 in Straßburg im Elsaß als jüngstes Kind von Pfarrer Heinrich Berron und dessen Ehefrau Lina, geborene Kroener, geboren. Die frühe Kindheit verbrachte er in Wolfskirchen im Krummen Elsaß. Im Alter von 6 Jahren kam er nach Straßburg-Bischheim, da dem Vater dort das Pfarramt übertragen wurde. Karl Eduard besuchte in Straßburg das Gymnasium und meldete sich im Ersten Weltkrieg als Kriegsfreiwilliger zum Heer. Ab 1917 stand er als Infanterist an der Ostfront, vorwiegend in Rußland. Die russisch-orthodoxe Kirche, die der junge Soldat dort kennenlernte, hatte einen starken Eindruck auf ihn gemacht. Nach seiner Rückkehr aus dem Krieg in das nun zu Frankreich gehörende Elsaß studierte Berron in Straßburg und Basel Theologie.

Durch Leitung von Bibelkreisen für Jungen war Karl Eduard schon als Student in der kirchlichen Jugendarbeit tätig. Der frühere Vorsitzende der Gesellschaft der Freunde und Förderer der Erwin von Steinbach Stiftung, Eduard Haug, hat sich noch im Alter gerne an eine Freizeit eines Bibelkreises im Jahr 1921 im Steintal unter Leitung des Theologiestudenten Berron erinnert, an der er als Gymnasiast teilnehmen durfte. Haug war es unvergeßlich, wie Berron mit den Jungen in der freien Natur herumtollen konnte und es zugleich verstand, ihnen bei den täglichen Andachten das Evangelium zugänglich zu machen. Jeder spürte, daß der Student für das stand, was er sagte.

Während der Studienzeit trat Karl Eduard der Straßburger Studentenverbindung Argentina bei, der er immer verbunden blieb. Bei den Argentiniern wurde damals vorausgesetzt, daß sie ihrem angestammten Volkstum und ihrem Glauben lebenslang die Treue hielten. Unser Student wurde in seiner Verbindung nur kurz K. E. B. oder kürzer "keb" genannt, eine Bezeichnung, die seine Freunde allezeit beibehielten.

1922 erhielt der junge Theologe die Ordination durch seinen Vater und wurde dann Vikar in Mundolsheim bei Straßburg. Bald kam er jedoch als Pfarrerverweser und Pfarrer nach Tieffenbach-Struth im Krummen Elsaß. 1927 heiratete der junge Geistliche die Straßburgerin Lydia Murbach. Aus der Ehe gingen 7 Kinder hervor. 1935 wurde Berron das Pfarramt in Oberhofen an der Moder (bei Bischweiler) übertragen. Das Wirken des Theologen Berron im Elsaß ist von seinem jungen Freund und Amtsbruder, Dr. Rolf Sauerzapf, in dem Aufsatz "Ein Lutheraner sucht die Kirche" (Sonderheft der Notgemeinschaft Evangelischer Deutscher 1973 anläßlich des 75. Geburtstags von Karl Eduard Berron) gewürdigt worden. Danach war es das Anliegen des Pfarrers, eine wirklich lebendige Gemeinde zu bauen. Als "Hauptmittel" auf diesem Weg galt ihm der Gottesdienst und die Seelsorge. Mehrere Gottesdienste an Sonn- und Feiertagen anzubieten war für ihn deshalb ebenso selbstverständlich wie der regelmäßige Besuchsdienst bei Alten, Kranken und Einsamen.

Bei Kriegsausbruch 1939 wurde Pfarrer Berron von den französischen Behörden nach Südfrankreich verbannt, obwohl er sich dem französischen Staat gegenüber stets loyal verhalten hatte. Vielleicht war es ihm verübelt worden, daß er sich den amtlichen Bemühungen um sprachliche und kulturelle Assimilation der Elsässer nicht angeschlossen hatte. Einige Zeit später wurde auch seine Familie, wie Tausende von Elsässern, die entlang der Maginot-Linie wohnhaft waren, evakuiert. In dem 1940 wieder deutschen Elsaß wurde Berron von seiner Kirchenbehörde als Dekan für den Bezirk Hagenau eingesetzt. Als 1945 Oberhofen Kampfgebiet wurde und die deutschen Truppen im März sich zurückzogen, ging Dekan Berron mit seiner Familie mit über den Rhein. Er vollzog damit einen Schritt, den er wohl schon 1918 gerne getan hätte. Obwohl sich für Deutschland eine düstere Zukunft abzeichnete, wollte er sein Schicksal nicht ein zweites Mal von dem der Deutschen abkoppeln. Der Exodus aus dem Elsaß führte die Familie über Karlsruhe-Knielingen zunächst nach Ispringen bei Pforzheim, wo Dekan Berron die Aufforderung des württembergischen Landesbischofs Dr. Wurm erreichte, das Pfarramt in Kirchheim (Neckar) zu übernehemen.

Neuer Wirkungskreis in Württemberg

In Kirchheim (Neckar), wo Dekan Berron einen noch nicht vom Krieg zurückgekehrten Amtsbruder zu vertreten hatte, traf die Familie ein schwerer Schicksalsschlag. Zwei Söhne im Alter von 15 und 13 Jahren wurden durch die Explosion eines liegengebliebenen Geschosses aus dem Krieg jäh aus dem Leben gerissen. Trotz des schmerzlichen Verlustes und mancherlei Schwierigkeiten im neuen Domizil kam nie ein Wort der Klage über die Lippen des Geistlichen. 1946 erfolgte die Berufung auf die Pfarrstelle in Kemnat (Ostfildern, südlich von Stuttgart), die nun Wirkungsstätte bis zur Zurruhesetzung 1966 bleiben sollte. Somit wurde Kemnat zur zweiten Heimat der Familie Berron, wobei allerdings bereits 1947 eine neue Beunruhigung ins Haus stand. Vater Berron wurde von den Amerikanern verhaftet, nach Straßburg gebracht und vor ein Epurationsgericht gestellt. Das gegen ihn durchgeführte Verfahren wegen "Kollaboration" endete jedoch mit einem Freispruch mangels Beweisen. Diese ermöglichte es ihm in der Folgezeit vielen Landsleuten zu helfen, die mit ähnlichen Anschuldigungen konfrontiert wurden.

Es war nicht ganz leicht für den elsässischen Geistlichen, sich in die anders geartete württembergische Kirche einzuleben. Er mußte erfahren, daß er mit dem Elsaß auch ein Stück seiner geistlichen Heimat verloren hatte.

Den Weg der Evangelischen Kirche in Deutschland nach der Katastrophe von 1945 verfolgte Dekan Berron mit Besorgnis. Er erkannte frühzeitig, daß die Kirche in Gefahr geriet, eine politische Ethik zu praktizieren, die mit der Hl. Schrift und den Grundsätzen der Reformation nicht zu vereinbaren ist. Als schließlich 1965 die sogenannte "Ost-Denkschrift" der EKD erschien, gründete er zusammen mit dem Dichter Bernt von Heiseler und dem Pfarrer Dr. Rolf Sauerzapf die "Notgemeinschaft Evangelischer Deutscher". Zweck dieser Vereinigung war es, zum Widerstand innerhalb der Kirche gegen Fehlentwicklungen - einseitige parteipolitische Aussagen und Bindungen - aufzurufen. Karl Eduard Berron stellte sich als Geschäftsführer über Jahre hinweg zur Verfügung. Die Amtskirche dankte ihm diese Arbeit nicht. Teilweise stieß er sogar auf gehässige Ablehnung.

Nach der Pensionierung verbrachte Dekan Berron seinen Lebensabend in Filderstadt-Bernhausen. Mit größter Selbstverständlichkeit übernahm er die Betreuung evangelischer Pfleglinge in einem Caritas-Pflegeheim, hielt häufig Gottesdienste im ganzen Stuttgarter Filderbezirk und versah vertre-

Fortsetzung auf Seite 4

Beitrag

Der Jahresbeitrag für Mitglieder beträgt wie die Bezugsgebühr des "Westens" für Nichtmitglieder seit geraumer Zeit

DM 30,-

Wir bitten, soweit noch nicht geschehen, um Überweisung auf unsere auf S. 2 im Impressum genannten Konten.

Reden, Gutachten, Versprechungen ...

Beileibe nicht nur französische Politiker suchen seit in einem großangelegten Feldversuch nach Antworten auf Fragen, deren existentiellen Charakter sie mit Worten beschwören und im Tun ganz außer acht lassen: Wie geduldig ist Papier, wie oft kann man dem Volk, das laut Verfassung der Souverän ist, dieselben folgenlosen Versprechungen machen? Oder volkstümlicher ausgedrückt: Wie oft kann man dem Hund die Wurst unter die Nase halten, ohne daß er nach ihr schnappt!

Im Oktober pries Premier Lionel Jospin beim Europagipfel in Straßburg die Vielfalt und den Reichtum der europäischen Sprachen und behauptete, der Erhalt und die Förderung der regionalen Sprachen Frankreichs besitze für ihn politische Priorität. Im Sommer 1996 hatte Präsident Chirac mit ähnlichen Hymnen und mit der orakelhaften Ankündigung verschiedener "Man könnte ..." für Aufsehen gesorgt. Lange Jahre zuvor hatte der Wahlkämpfer Mitterand die Wirksamkeit solchen Herumstocherns im Schnakenloch erprobt (und als Präsident diese Methode verfeinert). Ach, beinahe wäre der neueste Coup nicht mitgezählt worden. Am 29. Oktober 1997 beauftragte der Premier die sozialistische Abgeordnete Nicole Péry (Wahlkreis Pyrénée Orientales), einen Bericht zu erarbeiten, der die tatsächliche Lage des Unterrichts in den regionalen Sprachen Frankreichs beschreibt und der Vorschläge festhalten soll, wie diesen Sprachen im Unterricht der ihnen gebührende Platz eingeräumt werden könne. Frau Péry hat bekannt, sie wolle den Regionalsprachen "eine politische Existenz geben". Dabei solle man sich stärker auf die regionalen kulturellen Vereinigungen stützen. Für vordringlich hält die sozialistische Abgeordnete auch die Unterzeichnung der Europäischen Charta für Regional- und Minderheitssprachen durch Frankreich. Frau Péry hält auf dem Weg dahin eine Verfassungsänderung für notwendig, um das noch eben durch eine solche aufgetürmte Hindernis (Staatssprache ist Französisch), das der Staatsrat für unvereinbar mit der europäischen Sprachencharta erklärt hatte. Falls die Verfassungsänderung nicht durchzusetzen sei, solle wenigstens ein Gesetz den Status der Regionalsprachen sichern und alle in der Verfassung enthaltenden Unklarheiten durch unanfechtbare juristische Regelungen ausräumen. Ende April soll der Bericht vorgelegt werden, Regierungskreise weisen bereits jetzt auf das Wohlwollen hin, das Premier Jospin für diese Bestrebungen hege. Und war's das dann schon wieder?

Hermine Maierheuser
Bärbel von Ottenheim

Ein historischer Roman vom Oberrhein.
232 Seiten, **DM 24,80**
Zu beziehen über die Geschäftsstelle.

Auf jeden Fall wird Frau Péry sich sehr anstrengen müssen, um sich in einem halben Jahr durch die Berge von Wohlwollen und wohlwollender Berichte zu wühlen - und dann soll sie auch noch eigene Konzepte entwickeln. Danach wird es gewiß dauern - und die endlose Debatte kann weitergehen. Und was **geschieht?** Beispielsweise im Elsaß (in Ostlothringen ist alles noch zwei Grade dramatischer als am Oberrhein)? Geld aus Paris für wirklich aktive, regional orientierte Publikationen und Vereinigungen selbst harmlosester Art gibt es nicht. Was sich in zähem Ringen durch den Ausbau der zweisprachigen Unterrichtsklassen nach dem Muster ABCM bewegt, das ist nur privater Initiative, privaten Spenden und dem selbstlosen Eifer ungeduldiger Eltern, aufopferungsbereitem Lehrpersonal, einsichtigen Kommunalpolitikern und auch dem kostenlosen Segen des Rectorats zu verdanken. Aber nicht einmal alle Kommunalpolitiker oder alle Lehrer ziehen mit, im Gegenteil. Und sie können sich dabei auf die Gesetzeslage berufen oder allerlei Finten an-

Fortsetzung auf Seite 5

A. Willaume/G.-C. Richez
Hohkönigsburg

Großformatiger Prachtband über Geschichte und Erscheinungsbild des "Märchenschlosses" Kaiser Wilhelms II. 96 Seiten Text mit 99 Abb. sowie 30 doppelseitigen Farbfotos, kart.
Früher DM 35,-, jetzt nur **DM 17,50**
Zu beziehen über die Geschäftsstelle.
Lieferung solange Vorrat reicht.

Gedenket an Eure Lehrer!
Zum 100. Geburtstag von Dekan Karl Eduard Berron

Fortsetzung von Seite 3

tungsweise ganze Kirchengemeinden.

Da er selbst nie krank war, sah er es als seine Dankespflicht an, Gott und seinen Mitmenschen auch im Alter weiter zu dienen. Der unermüdliche Arbeiter im Weinberg des Herrn starb am 23. 6. 1983 und wurde in Kemnat (Ostfildern) an der Seite seiner Gattin, die 1981 heimgegangen war, beigesetzt.

Die Arbeit für die elsaß-lothringischen Landsleute

Seit Anfang der Fünfziger Jahre gehörte Dekan Berron dem "Bund der Elsässer und Lothringer" an, bei dem er sich bald engagierte, um die strukturellen und finanziellen verworrenen Verhältnisse zu ordnen. Ihm ist es zu verdanken, daß die Elsaß-Lothringer in der Bundesrepublik Deutschland in der Gesellschaft der Freunde und Förderer der Ewin von Steinbach-Stiftung, einem gut organisierten eingetragenen Verein mit Sitz in Stuttgart, zusammengefaßt werden konnten. Da der langjährige Erste Vorsitzende des Vereins, Dr. Sick, Frankfurt/Main, durch Aufgaben im Stiftungsrat der Erwin von Steinbach-Stiftung gebunden war, lag die tatsächliche Führung des Vereins in den Händen von Karl Eduard Berron, der das Amt des 1. stellvertretenden Vorsitzenden über 20 Jahre sehr tatkräftig und gewissenhaft wahrgenommen hat. Sein Eintreten für die Belange des frühren Reichslandes Elsaß-Lothringen und seiner Bewohner war nicht vom Nachtrauern nach einer entschwundenen Zeit bestimmt, sondern von echter Anteilnahme am weiteren Schicksal der alten Heimat. Der Rückgang der angestammten Sprache und Kultur, die Bedrohung der Identität der Elsässer und Lothringer, empfand er als Verpflichtung, gegen diese Negativentwicklung in Wort und Schrift anzugehen. Bei der Trauerfeier für Karl Eduard Berron am 28. 6. 1983 wurde ein Grußwort vom Amtsnachfolger an die Trauergemeinde unter das Bibelwort gestellt: "Gedenkt an eure Lehrer, die euch das Wort Gottes gesagt haben; ihr Ende schauet an und folget ihrem Glauben nach" (Hebr. 13,7). Dieses Wort galt zwar unmittelbar der früheren Gemeinde des verstorbenen Seelsorgers, wäre aber sinngemäß auch für die anderen Bereiche seiner Wirksamkeit beachtenswert.

Ob in der Notgemeinschaft Evangelischer Deutscher oder in der Gesellschaft der Freunde und Förderer der Erwin von Steinbach-Stiftung hat Dekan Berron Maßstäbe gesetzt und Wegweisung gegeben. Seiner Arbeit in diesen Organisationen war nicht nur wegen seiner Umsicht und Gewissenhaftigkeit Erfolg beschieden, sondern auch weil sein Handeln stets von der Liebe zu den Mitmenschen bestimmt wurde. Es war für ihn selbstverständlich, unerschrocken für die Wahrheit einzutreten. Er nahm es dabei in Kauf, daß ihn seine Gradlinigkeit wiederholt zwischen die politischen, kirchlichen und theologischen Fronten brachte. Karl Eduard Berron, der Mitbegründer unserer Gesellschaft, bleibt uns Vorbild durch sein Engagement und seine Treue, nicht nur im kirchlichen Bereich, sondern ganz besonders auch gegenüber seinen Landsleuten im engeren Sinn, den Elsässern und Lothringern.

kk

Zweisprachigkeit hat Konsequenzen

In einem zum Jahresanfang erschienenen Sonderheft (numeriert No. 1, hors série 1997) beschäftigt sich "Land un Sproch", das Organ des Schickelekreises, ausschließlich mit den topographischen Namen im Elsaß (dazu ein Ausblick auf Lothringen), d. h. mit den Benennungen für Orte, Straßen, Flüsse, Berge, Landschaften und Flurstücke. Wie in allem ist die Lage auch dabei im Elsaß zwiespältig. Es gibt die amtlichen, offiziellen Bezeichnungen in französischer Sprache, daneben (oder besser: darunter) existieren die umgangssprachlichen Bezeichnungen in der Mundart. Die französischen Benennungen sind oft nur Übersetzungen oder lautliche Adaptionen der ursprünglichen mundartlichen oder hochdeutschen Benennungen. Bei den Straßennamen ist dieser Vorgang teilweise infolge einiger Umbenennungswellen stark verwischt, zeigt aber auch besonders groteske Auswüchse des an sich schon grotesken und anstößigen Vorgangs der Umbenennung durch Übersetzung. Viele der französischen Namen überliefern das Unverständnis für das, was man umbenannte und übersetzte. So hat die "rue des veaux" in Straßburg an sich nichts mit Rindviechern zu tun, sondern die deutsche Alt-Straßburgische Kalbsgasse hieß nach der Patrizierfamilie Kalb, wie sich auch in "rue de la course, rue désert, rue des lentilles, rue des pairns, rue de ramoneurs" weder Gewürze, Rennstrecken, Wüsteneien, Eintopfzutaten, Ungläubige oder Schornsteinfeger verbergen oder achtbare deutsche bodenständige Straßburgische Familiennamen aus der Zeit, bevor Ludwig der Einzige Straßburg und das Elsaß mit seiner Liebe erdrückte. Falsche Übersetzungen dieser Art gibt es viele, manchmal gerieten sie zu Lächerlichkeiten, deren Pointe Sebastian Brant neidisch gemacht hätte.

Das Beispiel Straßennamen wurde deshalb so konkret angeführt, weil es dem erwähnten Sonderheft vor allem darum geht, bei allen "Gewählten" und sonst wie auf Gemeinebene Verantwortlichen für die Einführung zweisprachiger Orts- und Straßenschilder zu werben. Um diese Werbung anschaulich zu untermauern, gibt das Heft zahlreiche Beispiele in Bild und Text, beschreibt mögliche Lösungen ausführlich, gibt praktische Tips und genaue Begründungen. Auffällig ist dabei, daß als "zweite Sprache" fast ausschließlich der Dialekt Verwendung findet, daß er aber auch in Schriftbild und Anordnung immer als zweitrangig behandelt wird. Eine bemerkenswerte Ausnahme bildet Stutzheim-Offenheim, das seine Straßenschilder französisch und hochdeutsch beschriftet und den Dialekt dann noch hinzufügt, falls die mundartliche Bezeichnung von der hochdeutschen abweicht.

Dabei sind meistens die französischen und die mundartlichen / deutschen Benennungen nicht inhaltsgleich. Die französische Version bezeichnet den aktuellen, modernen (!) Zustand, die mundartliche Bezeichnung benennt frühere Zustände, manchmal eigens ergänzt durch den Hinweis "anct.". Auf diese Weise eilt die Aktion "Zweisprachige Straßenschilder" mit Eifer ins Abseits. Die bodenständige, nun "zweite" Sprache gibt sich den Anschein des Überholten, Gestrigen, Nostalgisch-Altertümelnden, ein zusätzliches Erkennungszeichen neben Storch und Schlupfhaube (beide auch schon vor allem museal eingemottet), aber eigentlich bloß noch eine nette Possierlichkeit, die den Touristen "Heimeligkeit" vermitteln soll.

Natürlich kann man auch aus solchen Vorgängen Funken schlagen, aber ebenso können sie mindestens so tot sein wie die Köpfe der Wiedertäufer am Lambertiturm im westfälischen Münster. Wenn Zweisprachigkeit, dann müßte das Gleichberechtigung bedeuten, dann sollte man sich entschließen, die Fassungen in beiden Sprachen inhaltlich gleichzusetzen. Sicher muß man dann auch den Mut haben, zu sehr moderne Benennungen zurückzunehmen - "Rheinstraße" kann man auch mit "rue de Rhin" übersetzen statt mit "rue Général des Gaulle". Doch scheint das fast schon eine Aufforderung zur Revolution zu sein. Das Sonderheft von "Land un Sproch" wendet sich vor allem an kommunale Mandatsträger, um sie zur Zweisprachigkeit im Erscheinungsbild ihres Ortes zu ermuntern. Entsprechend gemessen und vorsichtig, wie schon seit langem, argumentiert der Text. "Rot un Wiss" hat die Namensfrage schon viel heftiger, schärfer und kompromißloser angesprochen. Die Wahl der Mittel ist mehr als eine Temperamentsfrage. Doch wenn das eine nicht hilft, muß man schließlich das andere nehmen. Ungeschickt agiert "Land un Sproch" allerdings nicht. Zwar beiläufig, aber keineswegs an versteckter Stelle setzt es gleich eine andere Forderung mit aufs Programm: Zweisprachigkeit auch in offiziellen Ansprachen und Amtshandlungen, in Ratssitzungen, im Fernsehen und im Geschäftsleben.

Eines aber berührt den wohlwollenden Beobachter merkwürdig: In manchen Orten und Stadtvierteln verrät die Auswahl der Straßennamen ungezügelte Gefügigkeit gegenüber den jetzt Herrschenden und erinnert spiegelbildlich an die Überlieferung gleicher Art, die in der verflossenen DDR nach systematischen Umbenennungen im sowjetischen, kommunistischen Stil durch willige einheimische Werkzeuge bis heute zementiert ist. Ein anderes Tabu wird aber nicht einmal bedacht. Seit Jahrzehnten nehmen es die einheimischen Bewohner einer jahrhundertealten mitteleuropäischen Kulturlandschaft offenbar klaglos hin, daß ihre einheimischen Vornamen nur in fremdsprachiger Schreibweise bzw. Übersetzung erlaubt sind. Nur ganz gewitzte beschränken sich auf solche Vornamen, die in beiden Sprachen gleich geschrieben werden. Aber nicht genug damit, man läßt es sich auch gefallen und treibt es inzwischen auch selbst ohne zu zögern, daß auch die Vornamen jener älteren, längst zu Staub zerfallenen Generationen, die diese standesamtliche Behördenwillkür noch nicht kannten, rückwirkend ungefragt so umbenannt werden, daß sie sich selber nicht mehr kennen würden. So werden Größen wie Jakob Sturm, Sebastian Brant oder Herrad von Landsberg zu Gespenstern namens Jacaues, Sébastien und Herrade. Vielen Zweisprachlern fällt dieses Abschneiden der Wurzeln der vielbeschwatzten eigenen Identität gar nicht mehr auf "Land un Sproch" auch nicht, wenn es den Reichtum der regionalen Kultur beschwört. Von Deutschland aus mag

Fortsetzung auf Seite 6

Reden, Gutachten, Versprechungen ...

Fortsetzung von Seite 4

wenden. Selbstverständlich sind die eingangs erwähnten schönen Reden und Berichte auch ein Zeichen für eine Klimaänderung, sie könnten auch durchaus der Anfang eines grundlegenden Wandels im Verhältnis zu den lange verachteten und entsprechend behandelten Regionalsprachen (und der sie sprechenden Völker) sein, die jahrzehntelang - allmählich muß man von Fall zu Fall schon von Jahrhunderten zu sprechen anfangen - durch Taten zerstört wurden und werden immer wieder zurückgestutzt, wenn sie versuchen, sich aufzurappeln. Worte erscheinen in diesem Stadium fast nur noch wie ein paar freundliche Nachreden am Bette der erkaltenden Leiche. Vor solchem Tod und freundlichem Applaus können die Regionalsprachen in Frankreich nur noch durch Taten gerettet werden, durch Handeln in der gegenwärtigen Realität, nicht durch virtuellen Ersatz. Die Konvention des Europarats zum Schutz von Minderheiten, die 1992 beschlossen worden war, ist inzwischen in Kraft, nachdem sie von 13 Mitgliedsstaaten unterzeichnet und ratifiziert wurde (Dänemark, Deutschland, Finnland, Kroatien, Mazedonien, Moldawien, Rumänien, San Marino, Slowakei, Spanien, Ungarn und Zypern). Sogar Italien, Großbritannien und die Tschechische Republik folgen bis zum 1. Mai. Die Unterzeichnung abgelehnt haben bisher Frankreich, Belgien und die Türkei. Frankreich, das sich selbst ständig preisende "Mutterland der Menschenrechte", das sogar in Straßburg (!) den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte beherbergt, in Gesellschaft des korrupten Dutrouxstaates und der gewalttätigen Staatsmacht in Kleinasien! Noch nicht einmal so weit fortschrittlich wie San Marino, Modawien oder Zypern!

dp

Schnellbahntrasse

Die Arbeiten an der Trasse Paris - Straßburg für den Hochgeschwindigkeitszug TGV sollen 1999 beginnen, mit der Fertigstellung rechnet man frühestens im Jahre 2005. Von den heute auf 18,7 Milliarden Franc geschätzten Gesamtkosten wird die französische Regierung 8 Milliarden Francs bereitstellen, wie Verkehrsminister Gayssot am 4. Februar in Paris bekanntgab. Die betroffenen Regionen Elsaß, Lothringen, Champagne und Ile de France müssen 3,5 Millarden beisteuern, die EU gibt zwei Milliarden und Luxemburg 500 Millionen Francs. Auf der Grundlage der derzeitigen Kostenschätzung bleiben 4,7 Milliarden Francs ohne Finanzierung, hinzu kommen die üblichen erheblichen Kostenüberschreitungen. Die Regierung will die Regionen bewegen, weitere 2 Milliarden Francs beizusteuern.
Unter der Vorgängerregierung Juppé, die maximal 3,5 Milliarden Francs bereitstellen wollte, schien die TGV-Strecke Paris - Straßburg am fehlenden Geld zu scheitern. Die jetzige Regierung will die Trasse Paris-Straßburg jetzt nicht statt der ebenfalls debattierten Strecke Belfort-Lyon bauen, sondern beide Trassen in Auftrag geben. Für die Trasse nach Lyon wurden die Vorarbeiten zum Verkehrsminister genehmigt. Die Straßburger Trasse soll zunächst von Paris aus bis Vendières (an der Mosel) geführt werden. Was danach kommt, ist noch nicht finanziert, es sei denn, man traut dem Euro eine wundersame Vermehrung harten Geldes zu - obwohl diese TBV-Planung eher andere als Währungsstabilität sein muß.

Oberrheinrat

Als informelle Vereinigung hat sich am 16. Dezember 1997 in Baden-Baden ein "Oberrheinrat" konstituiert. Die regionalpolitische Vereinigung verfügt über keine Entscheidungsbefugnisse und über keine Haushaltsmittel. In ihr finden sich 71 Regional- und Kommunalpolitiker aus dem Elsaß, aus der Schweiz (Kantone Basel Land und Stadt, Aargau, Solothurn und Jura) sowie aus den südwestlichen Grenzgebieten Baden-Württembergs und von Rheinland Pfalz zusammen. Grenzüberschreitende Probleme und Entscheidungen sollen im Oberrheinrat erörtert, vorbereitet und aufeinander bei den entscheidenden Instanzen durchgesetzt werden. Die elsässischen Institutionen knüpfen an den Oberrheinrat die größten Erwartungen. Einerseits ist das Elsaß die einzige Region, die als Ganzes dem Oberrheinrat angehört und die gleichzeitig den größten Nutzen aus einer solchen Zusammenarbeit ziehen könnte, andererseits besitzt man im Elsaß geringere kommunal- und regionalpolitische Entscheidungsfreiheit als die schweizerischen und deutschen Partner im Oberrheinrat. Für die Elsässer ist der Oberrheinrat auch ein entscheidender Versuch, sich weiter von der Tradition zentralistischer Bevormundung Pariser Machart zu emanzipieren und über fundamental eigene Angelegenheiten auch selbst zu entscheiden, lieber in Abstimmung mit den ebenfalls betroffenen Nachbarn, als nach dem Gusto ferner Patrone. Ob das die Nachbarn, vor allem die deutschen, auch alle begreifen und mittragen werden? Oder ob da nicht wieder einmal bald der übliche Anpfiff des Bonner Muftis und seiner eifrigen Hilfsmuftis kommt, welche Opfergaben gefälligst sofort auf dem Altar der deutsch-französischen Freundschaft abzulegen seien? In Baden und der Pfalz wäre mancherorts (und nicht überall) durchaus auch etwas Emanzipation von der Zentrale angebracht, mag der schwarze Riese noch so energisch zum Telefon greifen.

Alter Straßburger Spottvers

Immer de Minschterblatz ohne Wind,
Durch d'Kurwegaß ohne Rind,
Durch's Spittelgäßel ohne Spodd,
Isch e großi Gnaad vun Godd.

Elsässische Geschichte im Buch

Neu erschienen sind über elsässische Themen:

Thomas Brady: Zwischen Gott und Mammon. Protestantische Politik und deutsche Reformation. 336 Seiten. Ln., DM59,80

Das Buch befaßt sich mit Jakob Sturm und der Reformation in Straßburg

Albert Fischer: Daniel Specklin. 1536 - 1598. Festungsbaumeister, Ingenieur und Kartograph. 228 S., 110 Abb. (78 farbige), Großformat, In., DM 128,00

Zu beziehen über die Geschäftsstelle. (Bitte neue Anschrift beachten).

Erzbischof Doré

Als im letzten Jahr mit dem Pariser Theologieprofessor Joseph Doré ein Nichtelsässer zum neuen Straßburger Erzbischof und Nachfolger des beliebten Erzbischofs Brand bestimmt worden war, gab es mancherlei Kritik an diesem Vorgang. Erzbischof Doré bereist inzwischen seine Diözese. Als erstes besuchte er Zabern, die frühere Residenz der Straßburger Fürsterzbischöfe, vor allem des Kardinals de Rohan, dessen ausdrückliche Erwähnung kein besonders verheißungsvolles kirchenpolitisches Programm erwarten läßt, sollte sie besonderen Überlegungen und nicht nur einer zufälligen Floskel entspringen.

Urteil gegen Gabriel Andres aufgehoben

Im Revisionsverfahren um das gegen Gabriel Andres, den früheren Herausgeber der Zeitschrift "Rot un Wiss", gab das zuständige Gericht dem Revisionsbegehren des Angeklagten recht und hob das gegen G. Andres ergangene Urteil der Vorinstanz auf. Andres war in einem vielbeachteten Verfahren zu sechs Monaten Haft mit Bewährung und einer Geldstrafe verurteilt worden. Der Vorwurf lautete auf "Leugnung der Verbrechen gegen die Menschlichkeit", weil Andres als verantwortlicher Redakteur den Abdruck eines Artikels mit dieser Tendenz nicht verhindert habe. Der winzige Beitrag eines Exilelsässers hatte bei exakter Bewertung die in ihn hineingelesene Behauptung gar nicht expressis verbis aufgestellt, sondern nur den früheren Abgeordneten C. Dahlet zitiert, die Fortführung der elsässischen KZs nach 1944 erwähnt und die zuständigen Behörden zur Aufklärung von einander widersprechenden Aussagen von Zeitzeugen aufgefordert. Nach Anklageerhebung hatte Gabriel Andres aus unfriedlicher Weise die Redaktion von "Rot un Wiss" verlassen müssen. Diese Strafe, als geschmähter Sündenbock zu dienen, konnte ihm das Revisionsverfahren nicht erlassen. "Rot un Wiss" meldete den Freispruch jetzt mit 15 Zeilen, während zur Distanzierung vorher noch mehrere Seiten notwendig gewesen waren. Schon 1995, als die Staatsanwaltschaft ihre Untersuchung begonnen hatte, hatten Kenner der elsässischen Verhältnisse vermutet, daß der winzige Beitrag, der NS-Verbrechen nicht einmal leugnete, sondern bloß einige Fragen zu deren Methodik dem Leser anheimstellte, nur als Vorwand für die ihre Naturgesetze hütende politische Orthodoxie diente, um mit "Rot un Wiss" eine unbequeme und zu laute autonomistische Stimme mundtot zu machen.

Zweisprachigkeit hat Konsequenzen

Fortsetzung von Seite 5

man diesen Umstand aber kaum reinen Gewissens in Erinnerung rufen, dünkt sich doch hierzulande ein Louis von Natur aus für weltläufiger als ein angeblich hausbakkener Ludwig. Und wenn man die deutschen Standesamtsregister der letzten vierzig Jahre durchsieht, so gelangt man sowieso zu der Überzeugung, daß es zur Durchsetzung fremdsprachiger Vornamen gar keiner amtlichen Zwangsvorschriften bedarf. Listigerweise könnte, wer auch sonst, das Elsaß dennoch ein Beispiel geben. Und wenn dieses Beispiel sogar aus dem exotischen, bekanntlich direkt am linken Rheinufer beginnenden glorreichen und exotischen Frankreich käme, gäbe es gleichzeitig noch eine aussichtsreiche Chance, daß dieses Beispiel im nebligen Germanien bereitwillige Nachahmer fände.